

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Band: 49 (1976)

Heft: 9

Artikel: Weltweit klirren die Waffen

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-518530>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wird da die Legitimität des mehrheitlichen Volkswillens bestritten und ersetzt durch eine willkürliche Selbstlegitimation «im Namen des Volkes» — das «vertreten» wird durch Leute, die sich aus irgend einem Grund zu einer «Vollversammlung» zusammenfinden.

Wie ist solchen Anfechtungen zu begegnen? Seit Kaiseraugst ist es Mode geworden, in solchen Situationen sogleich von der Gefährdung des Rechtsstaates zu reden. Allein mit der Missachtung und Verletzung von Rechtsnormen wird der Rechtsstaat noch keineswegs erschüttert; im Gegenteil hat er sich gerade darin zu bewähren, dass die gewaltsame oder gewaltfreie Rechtsverletzung mit den vorgesehenen rechtlichen Sanktionen geahndet wird. Ein rechtsstaatliches Problem entsteht erst dann, wenn der Staat das Recht gegen eine Provokation nicht mehr durchsetzen kann oder will, weil beispielsweise — wie in Kaiseraugst — Mittel eingesetzt werden müssten, die man als unverhältnismässig erachtet. Aber auch dieser «Notstand» kann nicht ausschliesslich den Verursachern angelastet werden, selbst wenn es einige von ihnen durchaus darauf abgesehen haben. In den meisten Fällen genügt die rechtzeitige und konsequente Anwendung der den Behörden zur Verfügung stehenden Rechtsmittel, ihn zu verhindern. Der Rechtsstaat schützt sich in der Regel am besten damit, dass er den Rechtsschutz unzweideutig gewährleistet.

Hierin liegt die eigentlich bedrohliche Provokation «gewaltfreier» Aktionen, welche mit dem — vorläufigen — Verzicht auf offene Gewaltanwendung die Illegalität einer Handlung zu überspielen trachten. Indem der Staat gezwungen wird, seine Machtmittel einzusetzen, um dem Recht Nachachtung zu verschaffen, soll optisch das Recht lediglich als Instrument dieser staatlichen Macht in Erscheinung treten. Nichts wäre verfehlter, als sich deshalb von der Hauptaufgabe des Staates abbringen zu lassen, das Recht zu schützen und wenn nötig weiter zu entwickeln.

Pr.

(leicht gekürzt aus «Neue Zürcher Zeitung», 15. 4. 76)

Weltweit klirren die Waffen

AFP/DDP Trotz der offiziellen Bekenntnisse zu einer Politik der Abrüstung nimmt das weltweite *Waffengeschäft* immer bedrohlichere Ausmasse an und macht eine internationale Kontrolle des Rüstungshandels immer dringlicher und zugleich immer schwieriger. Diesen Schluss zieht das angesehene Londoner Internationale Institut für Strategische Studien (ISS) in seinem am Freitag veröffentlichten Jahresbericht über das «militärische Gleichgewicht» in der Welt.

Der *Nabe Osten* bleibt der bedeutendste Waffenabsatzmarkt. Darin teilen sich die beiden Grossmächte USA und UdSSR sowie Frankreich und Grossbritannien mit einem Schwergewicht bei den Westmächten. In diesem Teil der Welt beträgt der Militärkostenanteil durchschnittlich 11,5 % des *Bruttosozialprodukts* gegen 4,8 % bei den Nato-Ländern und 1,9 % in Asien. Den Rekord hält Isreal mit 36 % in den vergangenen zwölf Monaten.

Auch im *südlichen Afrika* haben die politischen Spannungen um die weissen Minderheitsregimes in letzter Zeit zu einem starken Anstieg der Rüstungskäufe geführt, konstatiert das Institut. Die Republik Südafrika hat 1975 5,3 % ihres Bruttosozialeinkommens für Militärzwecke ausgegeben (2,2 % 1972). Der Hauptwaffenlieferant für die schwarzafrikanischen Regierungen ist die Sowjetunion mit Angola, Somalia und Uganda als bedeutendste Kunden.

Eine Aggression zwischen Ost und West ist trotz der Aufrüstung im Warschauer Pakt und im westlichen Verteidigungsbündnis weiterhin «unattraktiv», weil die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sowie ihre jeweiligen Bündnispartner noch immer das Gleichgewicht halten.